

Entscheidung zur Amselschule fällt aus

Einzelheiten zu einer angeblichen Gefährdung der Gesamtschule bleiben unklar. Gründer ziehen Antrag zurück.

VON JAN MÖNCH

GANGELT Eigentlich hätte der Dienstag zum Tag der Entscheidung für die Amselschule werden sollen. Doch wenige Stunden vor der Sitzung des Gemeinderats zog die Gründungsinitiative gestern überraschend ihren Antrag zurück. Ob es in Gangelt eine freie Grundschule geben wird, bleibt damit bis auf Weiteres unklar.

Der Grund für den plötzlichen Rückzieher hatte sich in der Schulausschusssitzung am Abend zuvor ergeben. Die Köpfe der Gründungsinitiative, Kristina und Marlon Dahlmanns und Katrin und Markus Salden, präsentierten ihre Pläne und stellten sich Rückfragen des Gremiums. Auf Basis dessen sollte der Gemeinderat gestern die Entscheidung treffen, ob unweit der Gesamtschule ein neues Schulgebäude entstehen darf.

Doch die Verwaltung hatte auch Schulamtsdirektor Christoph Esser vom Kreis Heinsberg sowie den vom Kreis Heinsberg beauftragten Gutachter Wolf Krämer-Mandau eingeladen. Ihre Einschätzungen lassen sich so zusammenfassen, dass Gangelt der falsche Ort für die Amselschule sei, und zwar wegen der Konkurrenz für die Regelschulen.

Keine reine Grundschule

Die behördlichen Sorgen beziehen sich offenbar besonders auf die Gesamtschule Gangelt-Selfkant. Denn die Amselschule will langfristig keine reine Grundschule bleiben, sondern vier Jahre nach den ersten Einschulungen auch eine Sekundarstufe I bilden. Damit, so die Warnung, geriete auch die Gesamtschule in Gefahr, die vierzünftig sein muss. „Die Erfolge, die Sie aufgebaut haben, werden so nicht mehr zu halten sein“, sagte Krämer-Mandau.

Dieser Vortrag war es, der dazu führte, dass die Amselschule am folgenden Tag ihren Antrag zurückzog. Denn die Zahlen, die die angebliche Gefährdung der Gesamtschule belegen sollten, waren bei der



Die Gründer der Amselschule hatten das Grundstück östlich der Gesamtschule und südlich des Sportplatzes für ihr Gebäude vorgesehen. Zurzeit wird das Grundstück noch landwirtschaftlich genutzt.

FOTOS: JAN MÖNCH, DPA

Präsentation kaum zu erkennen. Vor allem aber wurden sie der Politik nicht schriftlich zur Verfügung gestellt. Man wolle „allen Beteiligten die Möglichkeit geben, die genannten Zahlen selbst zu überprüfen“, schrieben die Schulgründer der Gemeindeverwaltung. Davon, dass der Unterricht kommendes Jahr im neuen Schulgebäude hätte starten können, war man offenbar sowieso nicht mehr ausgegangen.

Ein Nein lag in der Luft

Der Rückzieher könnte eine weise Entscheidung gewesen sein. Denn die angebliche Gefährdung der Gesamtschule hatte dem Ausschuss und auch Bürgermeister Bernhard

Tholen (CDU) erkennbar Unbehagen bereitet. Es lag in der Luft, dass der Gemeinderat den Amsel-Gründern eine Absage erteilen würde. Dem wären sie nun zuvor gekommen.

Wie konkret aber wäre die Gefahr für die Gesamtschule? Dem Schulausschuss wohnte auch Gesamtschulleiter Reinhold Schlimm bei, der feststellte, dass man pro Jahr „110 Schüler plus x“ benötige, um Planungssicherheit zu genießen, was eher nach einer allgemeinverbindlichen Feststellung als nach einer eindringlichen Warnung klang.

Die Amselschule lehnt sich stark an die Montessori-Pädagogik an und versteht sich als Gegenentwurf zu der traditionellen Schulidee, sie verzichtet auf Klassen ebenso wie auf Hausaufgaben. Stattdessen lernen die Kinder altersübergreifend, wann sie wollen und was sie wollen. All das soll umgesetzt werden in einem rund zwei Millionen Euro teuren Gebäude, das auf einem zurzeit noch landwirtschaftlich genutzten Grundstück östlich der Gesamtschule und südlich des Sportplatzes entstehen soll.

Rein formell betrachtet hat die Gangelter Kommunalpolitik gar nicht die Möglichkeit dazu, über die Amselschule zu entscheiden. Das Recht, freie Schulen zu gründen, ist im Grundgesetz ebenso ver-

„Die Erfolge, die Sie aufgebaut haben, werden so nicht zu halten sein.“

Gutachter Wolf Krämer-Mandau

brieft wie in der Landesverfassung. Das gilt allerdings nicht für die Änderung von Flächennutzungsplänen und die Aufstellung von Bebauungsplänen. Weil beides für den Bau des Schulgebäudes notwendig ist, muss das Thema also doch über die kommunalpolitische Hürde: De jure geht es um Baurecht, de facto um die Frage, ob man in Gangelt eine freie Grundschule will oder nicht.

Überraschend kam sicher auch für die Gründungsinitiative, dass Zweifel am pädagogischen Kon-

zept im Schulausschuss praktisch gar nicht laut wurden. Schulamtsdirektor Esser stellte sogar fest, dass „die pädagogischen Gemeinsamkeiten mit den Regelschulen deutlich überwiegen“ und die Amselschule in vielen Punkten für „genau die Dinge steht, die auch unsere Lehrpläne prägen“. Pädagogisch bestehe daher „keine Notwendigkeit“ für eine freie Schule.

Die Gründungsinitiative dürfte ihre Schwierigkeiten damit haben, diese Behauptung ernst zu nehmen. Täte sie es doch, müsste man ihre Mitglieder fragen, wofür sie eigentlich seit mehr als einem Jahr einen großen Teil ihrer Freizeit opfern.



Die Amsel ist der Namensgeber für die freie Schule. Der Name ist ein Akronym, das ausgeschrieben für „Aktives Miteinander von Eltern, Schülern und Lehrern“ steht.

EINE FARBE WENIGER

Keine Grünen mehr im Gangelter Gemeinderat

Der Gangelter Gemeinderat ist um eine Farbe ärmer: Die Grünen sind ab sofort nicht mehr vertreten. Grund ist der Wechsel der Parteizugehörigkeit von Horst Frank, der bei den Grünen ausgetreten ist und nun der FPD angehört. Dies bestätigte die Gemeindeverwaltung Gangelt diese Woche.

Bei der Kommunalwahl war Horst Frank als einziger Grüner in den Gemeinderat eingezogen. Auch die FDP war in Person von Ingrid Heim nur noch mit einem Mitglied vertre-

ten. Die beiden schlossen sich daraufhin zur grün-liberalen Fraktion zusammen. Die sehr ungewöhnliche Zusammenstellung hatte sicherlich auch damit zu tun, dass es mindestens zwei Personen braucht, um einen Fraktionsstatus zu erreichen. Die Mitgliedschaft als Einzelkämpfer im Rat hat entscheidende Nachteile, beispielsweise können keine Anträge gestellt werden.

Durch Horst Franks Parteiwechsel gibt es nun wieder eine reine FDP-Fraktion im Gemeinderat. Die Änderung im politischen Farbenspiel griff bereits mit der gestrigen Ratssitzung. (jpm)